

## **Geleitwort**

Die Verwirklichung staatlicher Sozialpolitik hat in Deutschland seit der Nachkriegszeit in nahezu allen Bereichen zu einer stetigen Aufblähung des Staatsapparates geführt. Auch die wiederkehrenden "Deregulierungs-Kampagnen" konnten diesen Trend bislang nicht aufhalten. Selbst wenn die Notwendigkeit der staatlichen Aufgabenzuständigkeit im politischen Raum nur selten hinterfragt wird, so hat die Finanzknappheit der öffentlichen Gebietskörperschaften in den letzten Jahren zumindest dazu geführt, dass alternative Formen der Aufgabenerfüllung etabliert wurden. Insbesondere Public Private Partnerships (PPPs) haben dabei eine erhebliche Bedeutung erlangt. Eine fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der gesamtwirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit von PPPs hat allerdings bislang nicht stattgefunden.

Vor diesem Hintergrund analysiert Herr Schulze Wehninck in seiner Arbeit am Beispiel der kommunalen Abfallwirtschaft die langfristigen Wettbewerbswirkungen von etablierten PPPs. Gestützt auf das wettbewerbstheoretische Leitbild des funktionsfähigen Wettbewerbs führt er für die relevanten abfallwirtschaftlichen Märkte Struktur- und Verhaltenstests durch und generiert damit eine Reihe interessanter und in dieser Form neuartiger Erkenntnisse.

So zeigt Herr Schulze Wehninck durch den Ausschluss wettbewerbspolitischer Ausnahmereiche zunächst, dass in den betrachteten Märkten Wettbewerb grundsätzlich möglich wäre. Allerdings kommt es insofern zu Wettbewerbsbeschränkungen, als die PPPs, insbesondere aufgrund der langen Beauftragungsdauern und der Übertragung der abfallrechtlichen Überlassungspflichten, marktbeherrschende Stellungen einnehmen. Die sich aus dieser Position ergebenden Handlungsspielräume können die PPPs und die an ihnen beteiligten öffentlichen und privaten Akteure zu Lasten der Abfallgebührentzahler und konkurrierender Entsorgungsunternehmen nutzen. Die Anreize für ein derartiges Verhalten sind dabei insbesondere bei Kooperations-PPPs, die sich durch eine gesellschaftrechtliche Beteiligung der öffentlichen Hand auszeichnen, hoch. Gesamtwirtschaftlich besonders problematisch ist dabei jedoch die Tatsache, dass PPPs ihre marktbeherrschende Stellung auch zum Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit in angrenzende, liberalisierte Märkten nutzen können.

Zusammenfassend lässt die vorliegende wettbewerbstheoretische Analyse die als politisches Reforminstrument eingeführten PPPs als problematisch erscheinen. Dies gilt vor allem dann, wenn die öffentliche Hand sie zum Erhalt und Ausbau ihres Einflussbereichs nutzen will.

Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Oberender

## **Geleitwort**

Die politische Reformdebatte der letzten Jahre in Deutschland und Europa ist insbesondere durch die Diskussion alternativer Formen der öffentlichen Leistungsbereitstellung und deren Finanzierung bestimmt worden. Dabei hat vor allem die unter dem Begriff Public Private Partnership (PPP) geführte Debatte mittlerweile in nahezu allen Bereichen der öffentlichen Aufgabenerledigung zur Einbeziehung privater Partner durch die öffentliche Hand geführt. Internationale Erfahrungen deuten dabei ebenso wie die derzeitigen politischen Aktivitäten in Deutschland, beispielsweise im Rahmen der Novellierung des PPP-Beschleunigungsgesetzes, darauf hin, dass PPPs als vermeintlich effizientes Reforminstrument zur Bereitstellung öffentlicher Leistungen zukünftig noch weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Nicht zuletzt aufgrund eigener Beratungserfahrung mit der Konzeption und Umsetzung von PPPs wissen wir, dass sich durch diese im Vergleich zur rein öffentlichen Aufgabenerledigung zum Teil tatsächlich erhebliche Effizienzgewinne realisieren lassen. Dennoch stellt Herr Schulze Wehninck, in dieser Form wohl als erster, die kritische Frage nach der gesamtwirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit von PPPs. Am Beispiel der kommunalen Abfallwirtschaft gelingt es ihm, überzeugend darzulegen, dass PPPs zu Wettbewerbsbeschränkungen auf den relevanten Abfallmärkten und damit langfristig zu Effizienzverlusten führen. Die vorliegende Arbeit zeigt, dass sich im Rahmen von PPPs öffentliche Einfluss- und Haushaltsziele gemeinsam mit Gewinninteressen der privaten PPP-Akteure zu Lasten der gebührend zahlenden Abfallbesitzer und der nicht an der PPP beteiligten Entsorgungsunternehmen realisieren lassen.

PPPs dürfen mithin nicht als Instrument der politischen Meinungsbildung mißbraucht werden, um die grundsätzliche Entscheidung über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer öffentlichen Aufgabenzuständigkeit zu umgehen. Sollte eine solche Zuständigkeit der öffentlichen Hand allerdings bejaht werden, bietet die vorliegende Arbeit zahlreiche Ansatzpunkte für eine gesamtwirtschaftlich vorteilhafte Konzeption und Nutzung von PPPs. Vor diesem Hintergrund ist der Arbeit, insbesondere auch im politischen Bereich, eine weite Verbreitung zu wünschen.

Prof. Dr. h.c. Roland Berger